

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Vorholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herantreiber. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 51.

Mittwoch den 12. März.

1890.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterschugkonferenz in Berlin wird den „Hamd. Nachr.“ zufolge nicht vertagt werden. Die Vorarbeiten für die Konferenz werden in den beteiligten Repertoires so eifrig gefördert, daß die Konferenz am 15. März eröffnet werden könne. — Nach einer Meldung der „Köln. Zig.“ werden Bayern, Hessen und Elsaß-Lothringen bei der Arbeiterschugkonferenz durch Sachverständige vertreten sein. — Dem offiziellen Wiener „Fremdenblatt“ zufolge sind als Delegirte Deferechts in Aussicht genommen: die Ministerialräthe Weigelsberger, Klappart, Ministerialsecretär Haberka und Centralgewerksinspector Nigekka. Als dritter Delegirter Belgiens wird der Vicepräsident des Senats Rint de Roodenbeke genannt. Zum Delegirten Schwedens ist der Diöponent der Waffen- und Maschinenfabrik Wilhelm Tham, Husqvarna, bestimmt.

Den neuesten **Frankreichischen** Berichten zufolge ist Tisza's Rücktritt noch nicht entschieden. Es fanden zahlreiche Besprechungen zwischen dem Kaiser und Mitgliedern des Kabinetts statt. So wurde am Sonntag Tisza vom Kaiser in Privataudienz empfangen; im Laufe des Nachmittags empfing der Kaiser den Ackerbauminister Grafen Szapary, sodann auch den Cultusminister Grafen Galy. Dem Kaiser soll es schwer fallen, Tisza scheidend zu sehen, und die Neuordnung der Dinge verurtheilt er höchlich Schwierigkeiten. Die Unabhängigkeitspartei beschloß, auch fernher in ihrem in der Frage wegen Revision des Incolatgesetzes eingemommenen Standpunkte festzuhalten und, falls das neue Cabinet der Ansicht der Partei nicht zustimmen sollte, auch das neue Cabinet zu bekämpfen. Die liberale Partei dagegen schließt sich zusammen. Bei Gelegenheit einer ihm dargebrachten Oration im Parteidiscub hieß am Sonntag der Präsident der liberalen Partei Baron Bodmanichy hervor, die Einigkeit der Partei sei jetzt mehr denn je Pflicht. Bodmanichy gedachte der weissen Führung Tisza's und schloß mit den Worten: „In hoc signo vinces.“ — Dem „Pest. Hirlap“ zufolge hätte ein Meinungsaustrausch zwischen den Mitgliedern des Kabinetts und hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei die Aufschaffung ergeben, daß es am zweckmäßigsten erscheine, die Idee einer Revision des Incolatgesetzes gänzlich fallen zu lassen, in welchem Falle das neue Cabinet auch auf die Unterstützung der gemäßigten Opposition rechnen könnte. — Die tschechischen Studenten in Prag veranstalteten in den Tagen mehrfach Demonstrationen im jugendschischen Sinne. Am Sonnabend zogen, nachdem schon an den vorhergegangenen Tagen Demonstrationen stattgefunden, dreihundert Studenten von einer großen Menschenmenge geleitet, nach dem Bethlehemsplatz vor das Haus, in dem Huß gewohnt hatte, sangen Nationallieder und brachten Clava-Rufe auf Huß aus; dann begaben sie sich nach der Universität, wo sie auf die alttschechischen Professoren ein Verbot ausbrachten. Die verärrte Sicherheitswache forderte sie auf, sich zu zerstreuen; da sie sich widerstrebten, wurden acht verhaftet. Am Sonntag versuchte ein Trupp von Studenten, auf dem Wofschauer Friedhofe an den Gräbern der einzigen Vorkämpfer der nationaltschechischen Partei, Havlicek, Bares und Stadovsky's zu demonstrieren. Nachdem diese Demonstrierenden von der Polizei zerstreut waren, zogen sie gruppenweise in die Stadt und wurden dort, als sie wiederum Ausschreitungen begingen, abermals zerstreut. Ein Arbeiter wurde verhaftet. — Auch diese Vorwommnisse beweisen, daß die jugendschische Bewegung zunimmt und auf einen wirklichen Ausgleich in Böhmen nicht zu rechnen ist.

In der **russischen** Hauptstadt findet jetzt anlässlich der Anwesenheit des Präsidenten der serbischen Skupschtina Pasitsch die Befestigung der russisch-serbischen Freundschaft statt. In einer Versammlung des slavischen Wohlthätigkeitsvereins hielt Pasitsch eine beifällig aufgenommene Ansprache, welche den „Nowosti“ zufolge lautet: „Ich freue

mich, daß es mir vergönnt ist, dem ganzen russischen Volke für das vergessene heilige Blut zu danken. Die Wunde, welche das russische Volk mit dem serbischen verknüpfen, sind heilig, sind solche des Blutes und Geistes. Das serbische Volk war, ist und wird ein treuer Freund des russischen Volkes sein; die beiden Völker kann Niemand trennen. Es lebe Rußland, es lebe das russische Volk.“ Der slavische Verein wählte Pasitsch zum Ehrenmitglied. — Derselbe wurde auch unlängst mit dem Stanislaus-Orden erster Klasse decorirt. — In derselben Versammlung wurde mitgetheilt, daß für die noch lebenden Montenegriner durch das heilige Synod und den slavischen Verein im Ganzen 200 000 Rubel gesammelt seien. — Von den sibirischen Greueln machen gewisse Kreise in England viel Aufhebens. In einer am Sonntag im Hyde-Parc London abgehaltenen Versammlung, welche übrigens wenig zahlreich war, wurde eine Resolution angenommen, durch welche die englische Regierung aufgefordert wird, ihren Vorkämpfer in Petersburg anzuweisen, die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die gegen die Gefangenen in Sibirien begangenen Grausamkeiten zu lenken. Ansprachen wurden von John Burns und anderen Rednern gehalten.

In **Frankreich** fanden am Sonntag eine Reihe von Nachwahlen für die Deputirtenkammer statt, welche im Allgemeinen nicht in republikanischem Sinne ausfielen.

Der römische Correspondent des „B. Z.“ hatte Gelegenheit das Urtheil eines hochgestellten **italienischen** Staatsmannes über die deutschen Wahlen zu hören. Derselbe bemerkte, man sei in Rom wohl durch das Anwachen der Sozialdemokratie in Erschauern geraten. Was aber das Triumphgeschrei der radikalen Presse betreffe, so sei es absolut unwahr, daß die Stärkung oder ungeschwächte Fortsetzung der Existenz des Centrums auf den Ministerpräsidenten Crispien einen deprimirenden Eindruck gemacht habe. Selbst wenn das Centrum maßgebenden Einfluß gewinnen sollte, werde die Richtung der Reichspolitik gegenüber Italien um kein Jota geändert werden; die Tripelallianz lasse sich nicht durch den Sieg dieser oder jener Partei in einem Allianzstaate erschüttern. Uebrigens glaube man in Rom nicht an die Möglichkeit einer konservativ-kerikalischen Mehrheit. — 2000 Arbeiterlofe veranstalteten am Montag in Mailand eine Straßenkundgebung, bei der nur mit Mühe Tumulte verhindert wurden. Der „Riforma“ zufolge wächte die Krisis in bedeutendem Maße. Derselben Blatte zufolge werden die Vertreter Italiens auf der Berliner Konferenz ihr Augenmerk hauptsächlich auf Kinderarbeit wenden.

In der **Sonabend** auf der italienischen Deputirtenkammer erging sich der Deputirte Imbriani in beleidigenden Ausfällen gegen den Ministerpräsidenten Crispien. Der Kammerpräsident Biancheri, welcher bei dieser Gelegenheit nicht einschritt, soll nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus seine Demission als Kammerpräsident zu geben beabsichtigen.

Im **serbischen** Kabinet sind Differenzen ausgedrohen wegen Besetzung der vacant gewordenen Stellen des Staatsrathes, weil einige Minister entschieden sich weigern, anderen Parteien als der radikalen Pläge in demselben zu bewilligen. Die Regierung hat den in Petersburg weilenden Skupschtinapäsidenten Pasitsch durch den Draht zurückberufen. Man befürchtet den Ausbruch einer Ministerkrise.

Die **Nachricht**, daß die **bulgarische** Regierung beabsichtige, eine Postschiff zu entsenden, um gewisse Mächte zu ersuchen, bei dem Sultan betreffs Anerkennung des Fürsten Ferdinand zu interveniren, wird von der „Agence Valcanique“ als erfunden bezeichnet.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Der Kaiser empfing am Sonntag Nachmittag noch den Conistorialrath Risch

und den Universitätsprofessor Gumbel aus Speyer, welche über den Plan der Erbauung einer Gedächtniskirche der Protektion von 1529 in Speyer Bericht erstatteten. Gestern Vormittag unternahm der Kaiser mit der Kaiserin eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Später hörte Sr. Majestät die regelmäßigen Vorträge. Am Nachmittage fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers Alexander größere Tafel statt. — Prinz Albrecht hat gestern Vormittag Berlin wieder verlassen und sich nach Hannover begeben. Der Prinz wird an der Investitur und dem Capitel des Schwarzen Adlerordens u. nicht theilnehmen, sondern sich bereits am 14. d. zu einer voraussichtlich sechswohigen Kur nach Baden-Baden begeben. — Dem Vernehmen nach dürfte der Kaiser während der diesjährigen Herbstmanöver in Schlesien der Familie des Prinzen Albrecht auf Schloß Ramenz einen Besuch abstatten. — (Hoftracht.) Mehreren Blättern wird offiziös von Berlin geschrieben: „Dem Vernehmen nach werden in Kürze Vorschriften über Veränderungen der Hoftracht der Hofbeamten am kaiserlichen Hofe ergehen. Gleichzeitig dürfte auch die Frage der Kniehosen und zwar im bejahenden Sinne, und überhaupt des Hofanzugs für Civilpersonen, welche keine Amtstracht besitzen, erledigt werden.“

(Der Bundesrath) hat am Sonnabend u. A. über die zum Zweck der Ausführung des Gesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, zu bildenden Versicherungsanstalten Beschluß gefaßt. — (Zu den Verhandlungen des Staatsrathes) berichtet die „Kreuzzig.“ nachträglich noch Folgendes: „Der Kaiser hat zwar seiner Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen und der Absicht Ausdruck gegeben, den Staatsrath häufiger einzuberufen, da derselbe als eine Quelle anzusehen sei, aus der man die Erfahrungen des praktischen Lebens kennen lerne. Bestimmte Gegenstände wurden aber dabei nicht vom Kaiser genannt. Der vom Bundesrath genehmigte Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern, wurde deshalb an die Mitglieder des Staatsrathes vertheilt, weil er als Unterlage bei einer zur Berathung stehenden Frage diene. Die Mittheilung eines Blattes, daß über die Verhandlungen des Staatsrathes stenographische Berichte aufgenommen worden seien, ist unrichtig. Es ist nur vom Regierungsrath Dr. Wilhelm, der dem Staatssecretariate beigegeben ist, ein sogenanntes Protokoll angefertigt.“

Ueber die **Bedeutung** der **Ausgleichs-** **nung** des **Staatssecretärs** von **Böttcher** gehen nach der **Vib. Correspond.** die **Ansichten** auseinander. Auf der einen Seite sieht man in der Verleihung des Ordens am Vorabend der Ordensfeier für Kaiser Wilhelm die Anerkennung der Verdienste des Staatsministers v. Böttcher um die Durchführung des sozialpolitischen Programms der kaiserlichen Postchaft von 1889. Auf der anderen Seite sucht man einen Zusammenhang zwischen dieser Auszeichnung und der kürzlich beabsichtigten aber nicht zur Ausführung gelangten Ernennung des Herrn von Böttcher zum Präsidenten des preussischen Staatsministeriums. Auch die Ansicht findet Betretung, daß die Auszeichnung des Herrn v. Böttcher mit der Frage der Nachfolge des Reichsfinanzlers in Verbindung stehe.

(**Neue Militärvorlage**.) Nicht in der Herbstsession, wie die „Hamd. Nachr.“ behaupten, sondern schon in der bevorstehenden Session des Reichstags wird derselben die angekündigte Militärvorlage zugehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in derselben eine Vermehrung der Feldartillerie in weiterem Umfange, als bisher angenommen, verlangt werden wird. Die Vermehrung der Batterien soll die Zahl von 60 weit überschreiten.

(Zu einer Besprechung der Frage der Arbeiterschuggesetzgebung) hatte das Handelsministerium für die letzten Tage der vorigen Woche die Fabrik-Inspectoren von Berlin, Breslau,

Magdeburg, Dortmund und Düsseldorf zu Konferenzen nach Berlin berufen, welche unter dem Vorsitz des Handelsministers von Verlesch stattfanden. Die Konferenzen gelangten am Sonnabend zum Abschluß. — (Späte Erkenntnis.) Selbst die „Nat. Zig.“, die bisher alle agrarischen Maßnahmen im Interesse des Kartells möglichst beschönigt hat, schrieb neulich: „Unzweifelhaft aber ist allerdings für uns, daß Deutschland sich unter ausschließlicher Erfüllung der agrarischen Forderungen nicht auf die Dauer regieren läßt, daß den Anschauungen der liberal gesinnten bündischen Klassen ebenso Rechnung getragen werden muß.“ Der Reichskanzler aber hält es trotz der Verurteilung, welche die Begünstigung der agrarischen Interessen bei den Reichstagswahlen erfahren hat, nach wie vor mit den Agrariern. Der „Deutsche Bauernbund“, in welchem die „Bauern“ als Statisten fungieren, die Agrarier aber unter dem Vorwande, die Interessen der „Landwirtschaft“ zu vertreten, die Interessen des Großgrundbesitzes zu fördern bestrift sind, hat neulich in Anerkennung der Verdienste des Reichskanzlers um diese Interessen ein Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck gerichtet. Fürst Bismarck hat darauf folgende Antwort ertheilt: „Dem Deutschen Bauernbunde danke ich herzlich für seine freundliche Begrüßung. Ich werde, soweit meine Kräfte reichen, gern fortfahren, dafür zu wirken, daß die Landwirtschaft, als erstes unter den vaterländischen Gewerben, durch unsere Gesetzgebung geschützt und von fremdlicher Ungleichheit nach Möglichkeit befreit werde.“ Mehr können auch unsere Agrarier nicht verlangen.

— (Eine Novelle zur Gewerbeordnung.) Der „Actionär“ meldet: „Eine der ersten Vorlagen, welche dem neuen Reichstag unterbreitet werden, ist eine Novelle zur Gewerbeordnung für das deutsche Reich vom 1. Juli 1883. Es handelt sich dabei namentlich um eine totale Umgestaltung des Titels 7, der von den gewerblichen Arbeitern (Gesellen, Gehülfen, Lehrlingen, Fabrikarbeitern) handelt. Die grundlegenden Gedanken für die Neuordnung sind im preussischen Staatsrathe aufgestellt, und nach Anleitung derselben ist inzwischen im preussischen Handelsministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der voranschicklich schon in nächster Zeit als Antrag Preussens beim Bundesrathe eingebracht werden wird. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß der Gesetzentwurf bereits den verbündeten Regierungen mitgeteilt ist, um denselben Gelegenheiten zu geben, schon jetzt zu dem Entwurf Stellung zu nehmen.

— (Aus Bayern.) In München haben Straßendemonstrationen gegen liberale Mitglieder des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer stattgefunden. Abg. Dr. Drexler flagte darüber, daß eine Demonstration in der Salzstraße gegen ihn, wenn er nicht zufällig später nach Hause gekommen, sein Leben hätte bedrohen können. Zugleich flagten die liberalen Abgeordneten im Finanzausschuß über Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“, welche am Geburtstage des Prinzregenten zu Demonstrationen gegen die Centrumsabgeordneten aufgefordert hätten. Minister v. Crailsheim bestritt, daß ernstere Ausschreitungen stattgefunden hätten. Der Vorfall in der Akademie sei eine jugendliche Ausschreitung. Frhr. v. Stauffenberg findet die Erregung im Publikum wegen der Abstriche im Kunstetat begreiflich, wenn auch die Demonstrationen nicht entschuldbar. Er verurtheilt die Aufforderung zu Demonstrationen am Geburtstage des Prinzregenten. Ein jeder Abgeordnete könne den Schutz des Regenten und der Regierung verlangen. — Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer wurden von der liberalen Mehrheit weiter geschrieben die Herabsetzung der bayrischen Einkommensteuer, die Erweiterung der Sternwarte, der Neubau des physiologischen Instituts, die Vollenbung der Anlagen um die neue Akademie, die Verbesserung des Kunstaustellungsgebäudes, die Renovierung der Fassade des Hoftheaters.

— (Zur Colonialpolitik.) Ueber die Umwandlung der ostafrikanischen und südafrikanischen Colonien in Kroncolonien nach Art von Kamerun und Togo, wovon schon öfter die Rede war, wird der „Voss. Zig.“ berichtet. In Ostafrika solle an die Spitze der Verwaltung Emin Pascha mit weitgehenden Vollmachten treten. In Bezug auf die ostafrikanische Gesellschaft scheinen Veränderungen weittragender Bedeutung bevorzustehen. In Südwestafrika werde die formelle Uebernahme der Leitung der Colonie nicht lange mehr auf sich warten lassen, denn die Colonialgesellschaft für Südwestafrika denke ernstlich an Liquidation. Endlich soll auch das erst am 15. August erlassene Vergebot für Südwestafrika wieder aufgehoben und durch ein neues ersetzt werden. — Es bleibt abzuwarten, was an die Mittheilungen Wahres ist. Unwahrscheinlich klingen dieselben unter den obwaltenden Verhältnissen nicht. Es fragt sich nur, was der neue Reichstag dazu sagen wird.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 10. März 1890.) Die 2. Beratung des Etats wird mit dem Etat der Bauverwaltung fortgesetzt. — Abg. Döhring (cons.) bittet, eine größere Anzahl von Bau-Inspicirvorstellungen in den nächsten Etat einzuführen. Inspicir-Director Schulz: Sämmtliche Baumeister zu Inspicireuren zu machen, geht nicht an, doch anerkennt die Regierung die Nothwendigkeit, die Inspicirstellen zu vermehren. — Abg. Sombart (nl.) bittet, die Gehälter der Feldmesser zu erhöhen. — Abgeord. Berger (nl.): Die Regierungskommissionen bedürfen bei ihrer selbstständigen und verantwortungsvollen Arbeit nach der Beschäftigung des Reichstages gewährt werden sollte. — Ministerialdirector Schulz: Vom Minister wird das Bedürfnis der Anstellung technischer Baufeldmesser anerkannt, doch läßt sich das nur allmählig durchführen. Nachdem von verschiedenen Abgeordneten eine Reihe meist lokaler Wünsche der Berücksichtigung empfohlen, wird der Rest des Budgets genehmigt. Es folgt die Beratung des Etats der Aufstellungskommission für Westpreußen und Posen in Verbindung mit der Denkschrift über die Ausdehnung des Anstaltensgesetzes. — Abg. Dr. v. Sogdzewski (Pole): Das Gesetz ist gegeben zu dem ausgesprochenen Zweck, um die Polen von der Scholle zu verdrängen und eine andere Bevölkerung an ihre Stelle zu setzen. Im Interesse der Erhaltung des Friedens sollte man das Gesetz sobald wie möglich aufheben. — Abg. v. Puttkamer-Plauth (cons.): Wenn einer der polnischen Herren einmal die Berücksichtigung abgeben wollte, daß sie auf die Wiederherstellung des polnischen Reiches verzichten (Sachen bei den Polen), so ließe sich über die Aufhebung des Gesetzes reden. Es scheint, als ob die einzelnen Anstaltensgesetze zu groß sind; man sollte sie so bemessen, daß sie von einer Familie bewirtschaftet werden können; denn sobald polnische Diensthöfen nötig werden, wird die Reinheit der Bevölkerung beeinflusst. Die letzten Wahlen haben gezeigt, wie das Polenland gemächelt ist. Für die kirchlichen Bedürfnisse der Ansiedler sollte mehr geschehen, nur nennlich für die evangelischen, da sonst der Gesandter in kurzer Zeit hinstirbt. — Abg. v. Gumboldt (Str.): Rath v. Wilmsdorf: Kleinere Flächen, unter 4 Hektaren, werden nicht verlangt. Die Einrichtung des Kirchen- und Schulwesens ist Sache der Ortsbehörden und liegt nicht der Anstaltenskommission ob. Abg. Dr. Hindhorst (Str.): Wir wiederholen unsere Proteste nicht, weil sie nutzlos sind. Das Aufstreben gegen die Polen hat das Aussehen des Polens zum Folge, selbst in Oesterreich, wo er bereits erfolgt war. In Ermland, in Oberschlesien, wo man polnische Candidaten bei den Wahlen nicht mehr kannte, sind jetzt solche aufgestellt. Am besten wäre es, das Gesetz aufzuheben und die Mittel zur Aufzucht der Kinder zu verwenden. — Abg. Seer (nl.): Herr Hindhorst (Str.) kennt die Dinge zu sehr aus der Entfernung, sonst würde er wohl andere Ansichten haben. — Abg. v. Gumboldt (Pole): Den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes überlassen wir Ihnen, denn Sie sollten den Antrag einbringen, weil das Gesetz durch eine Verwirrung der doppelten Begriffe entstanden ist. (Niederprall v. Seer) man rügt die Aeußerung. — Abg. Sombart (nl.) warnt vor der von dem Abg. v. Puttkamer beabsichtigten Zwergwirtschaft. Es werden bei kleinen Parzellen die Baukosten so hoch, daß die Rentabilität von vorn herein ausgeschlossen ist. — Hierauf verlegt sich das Haus. — Dienstag 11 Uhr: Mehrere Vorlagen und Etat. — Schluß 4 1/2 Uhr.

— Eine Novelle zum Pensionsgesetz hat die Centrumspartei eingebracht, wonach bei der Berechnung der Pension nicht das von den Beamten zuletzt bezogene gesammte Dienstverdienst in Berechnung gezogen werden soll, sondern dasjenige Dienstverdienst, welches ihm am Tage des Dienstaustritts nach Maßgabe des für das betr. Etatsjahr festgestellten Besoldungssatzes, derselbe mag bereits ausgeführt sein oder nicht, vermöge seines Dienstalters zuzuehrt oder zuzuehrt wurde.

— Der Abg. Eugen Richter ist aus dem Vorstande der Landtagsfraktion der freisinnigen Partei ausgeschieden.

Wahlnachlässe.

(1) Nach amtlichen Ermittlungen bezieht der „Reichsanzeiger“ von den 15 in Elsaß-Lothringen gewählten Abgeordneten zum Reichstage 10 (Winerer, Grad, Grad, Guerber, Simonis, Rang, v. Wittich, Manges, Neumann, Dedes, Küchly) als (Kassler, einen (Hidel-Wilshausen) als Sozialdemokraten, den Abg. Jörn v. Bulach als konservativ; Dr. Hoffels-Jabern als Mitglied der Reichspartei und die Abg. Dr. Petri-Stadt Straßburg und Dr. North, Landkreises Straßburg, als Nationalliberale.

(2) Für die Nachwahl in Magdeburg haben die Freisinnigen den Statistiker Oberregierungsrath Engel, die Sozialdemokraten Redacteur Voss-Gotha aufgestellt. — Abg. Goldschmidt hat bisher eine Erklärung darüber, ob er das Mandat in Leipzig oder in Ohlau annimmt, nicht abgegeben.

(3) Stöckers Dank an die Nationalliberalen. Soben erst mit Hilfe der Nationalliberalen wiedergewählt, bringe Stöcker in seiner „Deutschen evangelischen Kirchenzeitung“ einen Artikel, welcher mit den Worten beginnt: „Der hoffärtige Nationalliberalismus ist geradezu zertrümmert.“ Er fährt dann fort: „Im öffentlichen Leben ist nichts gefährlicher, als aufgelaufene Ohnmacht und hoffärtige Schwachheit. Dies war aber der Charakter des Nationalliberalismus.“ Nachdem er die nationalliberale Partei sodann noch als „die Partei der m a m o n i s k i e n, s a t t e n, kirchenfeindlichen Bourgeoisie“ hingestellt, tadelt er die Konservativen, daß sie sich mit den Nationalliberalen überhaupt verbunden haben, und sagt: „Soll ich mich mit einem Leichnam verbinden?“ fragte einst

Napoleon III. So hätte der Konservatismus auch denken sollen und den Nationalliberalismus seinem Schicksal überlassen, so wäre Stöcker jetzt selbst ein parlamentarischer Leichnam.

Provinz und Umgegend.

† Am Sonnabend Abend wurde in einer Oekonomie in der Martinogasse zu Halle der Buchhalter Karl Neubert aus Schöneburg verhaftet. Derselbe war bisher in einem Holzberggeschäft dort in Stellung gewesen und hat sich unter Fälschung der Geschäftsbücher mehrfacher Unterstellungen schuldig gemacht. Nachdem diese Verurteilungen dieser Tage entbunden wurden, ergriff er die Flucht.

† Der Lutherverein zu Alpolda hat zum Bau einer Lutherkirche 220 000 Mk. gesammelt. Der Bau ist auf 250—310 000 Mk. veranschlagt. † In Kronach in Coburg-Gotha ist gegen den Leichenhauswärter Kochholz und dessen Frau Untersuchung eingeleitet worden. Beide sollen seit Jahren den Leichenraub in ausgedehntem Maß betrieben haben.

† Im Gefängnis zu Wittenberg machte vor einigen Tagen der Drebedner Kriminalcommissar Paul durch Erhängen seinem Leben ein Ende. P. war früher in Coburg als Referendar beschäftigt, wurde später als Kriminalcommissor in Drebeden angestellt und war in dieser Stellung besondere Gunst des Ministers des Innern. Er war einer der gefürchtetsten sächsischen Polizeibeamten, der poltische „Verbrecher“ mit unerbittlicher Strenge verfolgte und Hunderte von Familien ins Elend brachte. Das Vernehmen Pauls, der zuletzt 5900 Mk. Einkommen bezog, wurde gerabuz scandalös, sodas er pensionirt wurde. Es stellte sich heraus, das P. obwohl er Junggeselle war, mit seinem ansehnlichen Gehalt nicht ausgekommen war, sondern in aller Stille wohl über 100 000 Mark Schulden gemacht, sowie eine Reihe von Unterstellungen und Wechselfälschungen begangen hatte. In Wittenberg wurde er, nachdem er neue Verträge eingegangen, verhaftet.

† Der Bergolter Hr. M. Hoffmann aus Halle hielt sich am Freitag in Zeig auf und erklärte den das ihm mitgetheilte Gerücht von einem auf ihn verübten Attentat als ein „eitel müßiges Gerücht.“ † Vom Schwurgericht zu Blauen wurde am 5. d. M. der des Mordes und der Unzucht an der 5jährigen Tochter des Endarm Ranke in Pausa angeklagte Arbeiter Friedrich Gottlieb Stöckig am Pausa abermals, wie schon in der bezügl. ersten Verhandlung, zum Tode verurtheilt. Der zum Tode verurtheilte Mörder leugnete beharrlich und machte auch zum Schlusse der Verhandlung kein Gehörnis, doch schien seine Gattinmüßigkeit gebrochen, als ihm der Wahrpruch der Geschworenen verkündet wurde: er weinte. Das erste Urtheil war wegen einiger Formfehler vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Localnachrichten.

Merseburg, den 12. März 1890. ** Die postalische Bestimmung, das durch verschlossene Briefe gewerbsmäßig betriebene Botendienst strafällig ist, scheint immer noch nicht genügend bekannt zu sein. Mehrere Kaufleute in Jbar im obenburgischen Fürstenthum Wittenfels ließen schon seit geraumer Zeit durch einen eigens dazu bestellten Boten ihre Aufträge und Bestellungen an Geschäftsleute in dem benachbarten Wittenfels in verschlossenen Briefen vermitteln. Auf irgend eine Weise bekam die Postbehörde Kenntniss von der Sache, welche sie als Umgehung der postalischen Vorschriften gerichtlich angezeigt brachte. Es wurde in Folge dessen den Betheiligten empfindliche Geldstrafen erkannt; so einem Kaufmann eine solche von 2100, dem Boten von 800 Mk.

** Den königlichen Regierungen ist kürzlich ein aus Anlaß eines besonderen Falles erlassene Verfügung vom 17. 7. 86 zur Beachtung mitgetheilt worden, nach welcher die Landräthe bei den Forderungen = Abschätzungen künftighin regelmäßig nur zwei Taxatoren heranzuziehen und von diesen Grundfrage nur dann abzugeben haben, wenn es sich um Forderungsbildungen außerordentlicher Art, als solche an besonderen Culturen handelt, zu dem richtigen Abschätzung das erforderliche Sachverständigen Urtheil bei den zur Commission gehörigen Beamten anderen — landwirtschaftlichen — Taxatoren in genügendem Maße nicht voraussetzen ist.

** Als eine Amtspflichtverletzung im Sinne des § 164 Str.-G.B. ist nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 8. November 1888 nicht bloß die Verletzung einer besonderen Amtspflicht oder eine im Amte begangene Verletzung zu betrachten, sondern ebenso auch ein außer dem Amte bewiesenes Verhalten, durch welches der Beamte bei der Abübung, des Ansehens oder des Vertrauens, sein Verus erfordert, unwürdig zeigt.

Stadtverordneten-Sitzung.

Mersburg, den 10. März 1890. Die Versammlung tritt nach Eröffnung der Sitzung sofort in die Tagesordnung ein.

1) Stadtv. Hoffmann referirt über die Wahl des Kunst- und Handlungsgärtners Richter zum Stadtverordneten, konstatirt den ordnungsmäßigen Verlauf derselben und beantragt, die Gültigkeit der Wahl zu beschließen. Nachdem die Versammlung dem Antrage ihre Zustimmung ertheilt, erfolgt

2) Die Einführung und Verpflichtung des Stadtv. Richter durch den Bürgermeister Reinefartb. Letzterer weist in seiner Ansprache den neuen Stadtverordneten auf seine Pflichten als solcher hin und spricht die Erwartung aus, daß derselbe stets bereit sein werde, an den vielen und großen Aufgaben, welche der Stadtverwaltung obliegen, nach Kräften mitzuwirken. Anschließend an die Rede des Bürgermeisters begrüßt auch der Vorsitzende die Versammlung, Stadtv. Prof. Witte, den neu einsetzenden Stadtv. Richter und überreicht demselben die Geschäftsordnung. Damit ist der Einführungsakt erledigt.

3) Stadtv. Rindfleisch referirt über den Abschluß der Sparkasse pro 1889. Danach betragen die Einlagen am Schlusse des Jahres 1888 5726 411,89 Mk., die neuen Einlagen pro 1889 1248 901,15 Mk. (52 771,34 Mk. weniger als im Vorjahre), die pro 1889 zurückgezahlten Einlagen 1070 843,36 Mk. (85 232,64 Mk. mehr als im Vorjahre), der Reservefonds 600 902,41 Mk. (2046,37 Mk. weniger als im Vorjahre), die Zinsüberschüsse 36 536,22 Mk. (57 047,39 Mk. weniger als im Vorjahre). Zu öffentlichen Zwecken wurden im letzten Rechnungsjahre verwandt 29 145,64 Mk., seit dem Bestehen der Kasse überhaupt 564 891,63 Mk. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

4) Stadtv. Schwengler referirt über einen seitens des Magistrats mit dem königl. Begebaußbureau vereinbarten Vertrag, betr. die Uebernahme fideicommisstrischer Straßen hiesiger Stadt seitens der Stadtgemeinde Mersburg. Es handelt sich hierbei um folgende Straßen und Straßentheile: Dom, Domplass bis zur Königsbrücke, an der Reibbahn, Bauhausstraße, Grünekrasse und Apothekerstraße. Drei Abzugscandale in diesen Straßen sollen ebenfalls mit in den Besitz der Stadt übergehen. Dafür, daß die Stadtgemeinde am 1. April v. J. in alle Rechte und Verbindlichkeiten des königl. Begebaußbureau eintritt, erhält dieselbe eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 16 520 Mk., ferner für die Neupflasterung der Grünekrasse eine Entschädigung von 1725 Mk. Als besondere Bedingung ist in dem Vertrage noch festgesetzt die sofortige Erneuerung des bauwürdigen Canals in der Apothekerstraße. Vom Minister wird außerdem von der Stadtgemeinde die Unterwerfung unter den Bundesratsbeschuß vom 25. Juli 1889, betr. die Anlage von unter- und oberirdischen Telegraphenlinien, gefordert. Der Referent befragt über die Magistratsvorlage und beantragt deren unveränderte Annahme. — Stadtv. Wölffel widerspricht diesem Antrage. Da es sich hier um die Uebernahme von Verpflichtungen handle, die man noch nicht kenne, so sei ein Urtheil über diesen Vertrag mit dem Fiscus vom juristischen Standpunkte aus nicht möglich. Gerade bei solchen Verträgen für eine unabsehbare Zukunft sei jedoch die größte Vorsicht geboten. Er bittet deshalb, den Gegenstand zu vertagen, um den Mitgliedern der Versammlung eine genauere Durchsicht der Akten zu ermöglichen. — Bürgermeister Reinefartb bemerkt dem gegenüber, daß der Magistrat über etwaige Verbindlichkeiten etc. bei der königlichen Regierung Erkundigungen eingezogen und hierauf den Bescheid erhalten habe, daß derselbe keine weiteren Verpflichtungen bekannt seien, als daß das Domcapitel in diesen Straßen das Marktrecht besitze. — Referent Schwengler spricht gegen den Antrag Wölffel, da die Annahme desselben gleichbedeutend sei mit dem Zugeständnis, daß die Versammlung ohne Juristen nicht bestehen könne. — Stadtv. Wölffel tritt nochmals für seinen Antrag ein und weist darauf hin, daß in dem Vertrage eine Klausel fehle, welche sich gegen etwaige unbefannte Pflichten richte; außerdem sei zu bedenken, daß Bundesratsbeschlüsse jederzeit abgeändert werden können. An der weiteren, theils sehr erregten Debatte theilnehmen sich der Vorsitzende, Bürgermeister Reinefartb und die beiden Antragsteller. — Stadtv. Grube stellt schließlich den Antrag, zur Vermeidung unheilvoller Verzögerung auf nächsten Montag eine außerordentliche Sitzung auszurufen, um in dieser den Gegenstand zu erledigen. — Stadtv. Wölffel zieht hierauf seinen Antrag zu Gunsten des eben gestellten zurück. Der Antrag Grube wird ohne Discussion angenommen.

5) Referent Stadtv. Wölffel unterbreitet der Versammlung einen Antrag der Siechenhaus-Commission, dahingehend: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: es wird ein Siechenhaus im Irzgarten gebaut und auf derselben Stelle

für die Zukunft ein im Anschluß hieran zu errichtendes Krankenhaus in Aussicht genommen. Die Commission wird beauftragt, sich mit der Sache näher zu befassen und ihr zur Ausarbeitung eines Projectes eine Summe bis zu 1000 Mk. zur Verfügung gestellt. Referent motivirt den Commissionsantrag eingehend und bemerkt, daß es der allgemeine Wunsch der Bürgerchaft sei, ein häßliches Siechenhaus zu beseitigen. Die unangenehme Verhältnisse hinsichtlich des Bodens und Wasserabflusses im häßlichen Krankenhausgrundstück haben die Commission veranlaßt, von der Erbauung eines Siechenhauses neben dem jetzigen Krankenhaus abzusehen und nach reiflicher Erwägung aller Vorschläge den Irzgarten als den bestgeeigneten Platz für eine solche Anlage zu bezeichnen. Da gleichzeitig die Ueberzeugung herrscht, daß auch das Krankenhaus in Zukunft einer Erneuerung und Erweiterung bedarf, so ist die Erbauung eines solchen neben dem Siechenhause mit in Aussicht genommen worden, um so einmal beide Anstalten unter einer Verwaltung stellen zu können. Da es erforderlich sein wird, daß einige Commissionsmitglieder ähnliche Anstalten in Nachbarstädten besichtigen und der Versammlung ein ausgearbeitetes Project vorlegen wird, so erwirkt sich die Bewilligung eines Geldebetrages bis zu 1000 Mk. als notwendig. Referent befragt über den Antrag der Commission, damit in der wiederholt vertagten Angelegenheit endlich einmal ein Schritt zur Verwirklichung gethan werde. — In der Debatte wünscht Stadtv. Voigt zunächst noch Auskunft über das ganze Wesen des Siechenhauses. Eine Selbstbewilligung erachtet er nicht für nöthig, da die von der Stadt ausgeführten Bauten anerkannt gut seien. Er beantragt Zurückverweisung der Vorlage an die Commission. — Stadtv. Grube ist ebenfalls für Zurückverweisung der Vorlage; es genüge vielleicht jetzt ein Anbau an das Krankenhaus. — Bürgermeister Reinefartb verweist auf die Wasser calamität im jetzigen Krankenhaus. Der Zweck des Siechenhauses sei, eine Stätte für die unglücklichen Einwohner der Stadt zu schaffen, die jetzt theils im Siechenspital, theils im Krankenhaus, theils auch in einzelnen Familien nothdürftig Unterkunft gefunden haben. Dabei sei es nicht ausgeschlossen, daß einige Zimmer eingerichtete werden für solche, die sich einkaufen und so einen ruhigen Platz für ihren Lebensabend erwerben wollen. — Referent Stadtv. Wölffel betont, daß das Bedürfnis zur Erbauung eines Siechenhauses bereits im Jahre 1886 vom Herrn Regierungspräsidenten v. Dieß rüchloslos anerkannt und schon im Jahre 1887 von demselben gegen die Errichtung eines solchen auf dem Grundstücke des jetzigen Krankenhauses Einspruch erhoben worden sei. — Stadtv. Beckolt will den Irzgarten als einzigen Spielplatz der Kinder erhalten wissen. — Stadtv. Bethmann hält den Irzgarten wegen der Nähe des Friedhofes und des Rulanbispalzes, auf welchem letzterem oft lärmende Festlichkeiten stattfinden, nicht für den geeigneten Bauplatz. — Stadtv. Barth ist als Commissionsmitglied ebenfalls nicht für den Irzgarten begeistert, glaubt aber nicht, daß bessere Vorschläge gemacht werden können. — Stadtv. Rindfleisch tritt für Erhaltung des Irzgartens als Spiel- und Turnplatz ein. — Der Referent erwidert, daß alle hier gesäuerten Bedenken und Einwände auch in der Commission zur Sprache gekommen seien. Für die Jugend seien Spielplätze genug vorhanden und den Siechen werde der schattige Platz ebenfalls sehr willkommen sein. Ein Ankauf der anliegenden Scheunen werde nicht erforderlich sein. — Stadtv. Meißner ist ebenfalls für Zuweisung der Vorlage behufs vorüberiger Erlebigung der Platzfrage. — Stadtv. Lindenlein hält den Irzgarten ohne die anliegenden Scheunen für kaum ausreichend, wenn ein dem Zwecke entsprechender Park übrig bleiben soll. — Stadtv. Grube hebt dem gegenüber hervor, daß die Commission auch die Platzfrage eingehend beraten habe. Sie sei jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein besserer und billigerer Platz nicht vorhanden ist. — Stadtv. Bethmann glebt der Hoffnung Raum, daß der Schulplatz in nicht zu ferner Zeit als Spielplatz freigegeben wird. — Bürgermeister Reinefartb tritt der Ansicht entgegen, als könne der früher Rießbach'sche Feldplan hinter dem Rulanbispalze mit Vortheil als Bauplatz verwandt werden. — Referent Stadtv. Wölffel rechtfertigt den Antrag der Commission hinsichtlich der Platzfrage. Man habe erwogen, daß nur noch zwei Grundstücke vorhanden sind, die sich wohl als Bauplatz eignen, aber erhebliche Kosten verursachen würden. Die Commission habe deshalb dem Irzgarten, der sich im Besitz der Stadt befinde, den Vorzug gegeben. Auf die von anderer Seite berührte Schulplatzfrage zurückkommend, erklärt Referent, daß er es für eine berechtigte Klage der Bürgerchaft halte, daß außer der Schulzeit auf dem inmitten der Stadt belegenen, mit großen Kosten hergestellten Schulplatze kein Kind gebildet werde. Da eine polizeiliche Vorschrift nicht vorhanden sei,

bedürfte es hoffentlich nur eines Apfels an das kinderfreundliche Herz unseres Bürgermeisters, um diesem Uebelstande abzuhelfen und die dort waltenden geheimen Kräfte labmzulagen. — Die Discussion wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtv. Voigt auf Zurückweisung der Vorlage an die Commission mit knapper Majorität angenommen.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wird Punkt 6 und 7 von der Tagesordnung abgesetzt und nur noch Punkt 8 nach dem Antrage des Referenten, Stadtv. Grube, erledigt. Der Bebauungsplan der Meuschauer Straße ist somit infolge eines Antrages des Fleischermeisters K. o. h. dahin abgeändert, daß die anzutretende Verbreiterung der Straße auf 7 1/2 Meter herabgesetzt wird.

Der Vorsitzende spricht hierauf dem zum letzten Male in der Sitzung anwesenden Stadtverordneten Bethmann für seine treue Mitarbeit Dank und Anerkennung aus, dem sich die Versammlung durch Erheben von den Sitzen anschließt. Stadtv. Bethmann dankt in herzlichen Worten. — Damit schließt die öffentliche Sitzung.

Vermischtes.

* (Wahnsinnige Brandstifterin.) In Belgien hat eine wahnsinnige Mädchen, Ette Linke, ihr häßliches Unthun eingerichtet. Nachdem das Mädchen bereits eine Reihe thörichter Streiche begangen wurde es seitens der Gemeinde in das Irrenhaus zu Großwisig gebracht und dort streng beobachtet. Trotzdem gelang es der Linke vor einigen Tagen, Feuer anzulegen, wodurch das ganze Gebäude ein Raub der Flammen wurde und fünf Menschen durch den Rauch erlitten.

* (Ambulante Kirchen.) Der Bischof von Dabota (Beringische Staaten) hat eine Anzahl Kirchenwagen bauen lassen, welche den Sonntag anreisenden Pilzen angehängt werden sollen. Ein ambulanter Geistlicher wird darin Andachten abhalten. Die nöthigen Gelder für dieses fromme Werk sind durch öffentliche Subscription aufgebracht worden.

* (Die Influenza) ist auf ihrem Rückzuge durch Europa nunmehr im äußersten Norden angekommen. Scandinavische Blätter berichten über Wasserveranftaltungen an der Inseln auf Island; das Gleiche wird aus den nördlichen Districten Norwegens und Finnlands gemeldet. Die russischen Zeitungen berichten nun gar, daß sich die Epidemie bereits in Sibirien zeige und die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß sie ihren Weg sogar bis China finden werde.

* (Mit der Gefahr einer Einschleppung der Cholera) beginnt man in den Preussischen Regierungskreisen immer enger zu rechnen. Auf dießem Befehl des kaiserlichen Reichscommissars in Batum am 3. März ein Sanitäts-Ueberwachungsausschuß, welcher alle bis her an der persisch-russischen Grenze getroffenen Präventionsmaßregeln einer nochmaligen genauen Controlle zu unterziehen und sofort darüber an die kaiserliche Regierung Bericht erstatten soll.

* (Sozialdemokraten unter sich.) Landesjäger Wildberger, der Reichstagskandidat im 3. Berliner Wahlkreis, welcher seinem Herrn Rindmel aus der Vertretung dieses Wahlkreises getreten hat, geriet in voriger Woche im Wiener Café am Spittelmarkt in Streit mit einem sozialdemokratischen Führer. Die größten Beschuldigungen der privaten Eitelkeit und Nechtheit wurden ausgetauscht. Schließlich begann Herr Wildberger auf die Genossen loszuschlagen und wurde polizeilich fihrt. Die Wirthe des Cafes aber stellten gegen ihn Strafamtung wegen Hausfriedensbruch.

* (Für Fleischversorgung von Berlin) trägt in diesem Jahre die Einfuhr von Rindfleisch nicht unerschöpflich bei, das namentlich von Königsberg aus nach Berlin gebracht wird. Es sind nur die besten und nährreichsten Stücke des Wildes, Keule und Hinter, welche hierher kommen. Während in früheren Jahren Rindfleisch als eines der wichtigsten galt, hat sich derselbe gegenwärtig auf der Spielkarte der größeren Berliner Wirtschaften einen festen Platz erworben.

* (Der Spielteufel) hat eine Familie R. in Berlin in tiefe Verbrüßung verlegt. Alfred R. hatte bei einem Städtischen Hinterpommern eine Fabrik und ein größeres Besitzthum erworben und die Verwandten in Berlin waren der Ansicht, daß der mit großen Gelddmitteln ausgerüstete Mann, der noch dazu erst kürzlich reich geerbtet, in glänzenden Verhältnissen sich befinde. Dieser Glaube wurde jedoch sehr rasch zerstreut, als die Besichtigung eintrat, daß R. in Hamburg in einem Gasthose sich mittels eines Revolvers erschossen habe. Von dem gesammten Hab und Gut schiedte dem R. so gut wie nichts mehr. Ueberhaupt mochten die Grundstücke und sämmtliche aufgenommenen Gelder hatte er am Spielteufel durchgebracht. Wasche schon dies ein sehr anständiges Kapital aus, so ließen noch Wechsel auf ihn ein in Höhe von 100 000 Mk., und hiermit noch nicht genug, hat er seiner Mutter nach und nach 200 000 Mk. herauszulocken gepunkt, unter dem Vorwande, daß er des Geldes zur Vergrößerung der Fabrik und zur besseren Verwirklichung seiner Güter bedürfte. Seine letzte Reize galt einem gleichfalls vermögenden Bruder, welchen er um ein größeres Darlehen anging. Als ihm dies verweigert wurde, erdte er sein Leben mit der Pistole.

* (Känguruhäute und Häffel in Australien.) Australien, die Heimath des Kängurus, wird wahrhaftig in absehbarer Zeit solche Thiere nur noch in seinen Wäldern haben. Von 1887 bis 1888 hat sich ihre Zahl von 1 881 000 auf 1 170 000 vermindert. Man schätzt das Känguru nicht geringlich wegen seiner außerordentlichen Geschwindigkeit, es rüßt nämlich so viel als 6 Schafe und deshalb wird es von den Farmeru erlegt. Während das Känguru allmählich verschwindet, hat der wilde Häffel in den Ebenen Nordaustralien eine Heimath gefunden und wird dalest jetzt in großen Heerden angetroffen. Diese Häffel sind die Nachkommen der im Jahre 1829 im Port Essington in Nordaustralien gelandeten.

Für Taube.

Eine Person, welche durch ein einfaches Mittel von 23-jähriger Taubheit und Ohrenangst befreit wurde, ist bereit, eine Beschreibung desselben in deutscher Sprache allen Ansuchern gratis zu überreichen. Adr.: J. S. Nischkau, Wien IX., Kolingasse 4.

Anzeigen.

Die hiesigen Anzeigen sind die Reaction des Publicum gegenüber letzte Verantwortung.

Dankagung.

Bei dem Hinscheiden unserer theuern unvergesslichen Mutter, der vermh. Frau **Henriette Lange geb. Wittke**, sind uns so viele Zeichen herzlichster Theilnahme zu Theil geworden, so daß wir nur auf diesem Wege den tiefgefühltesten Dank aussprechen können, insbesondere gilt derselbe Herrn Pastor **Delius** für die trostreichen Worte am Sarge der theuern Entschlafenen, sowie der verehrten Familie **Weinreich** für die liebenswürdige Unterstützung und Aufopferung. Die tieftrauernden Kinder.

Die Fuchstlinie des vorderen Theiles der **Neuschauer Straße** ist durch Beschluß der Rådlichen Behörde abgeändert. Der abgeänderte Plan liegt im Communalbureau während der Dienststunden zu Jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen denselben sind in der Zeit vom 13. d. M. bis 11. April cr. bei uns anzubringen. Diese Frist ist präclusivisch.

Merseburg, den 11. März 1890.
Der Magistrat.

Die Klassensteuer-Rolle hiesiger Stadt pro 1890/91 liegt vom 13. d. M. ab 14 Tage lang in unserem Communalbureau zur Einsicht offen.

Die Frist zur Anbringung von Reclamationen läuft daher mit dem 26. Mai cr. ab.
Merseburg, den 10. März 1890.
Der Magistrat.

Es sind im hiesigen **Christiansen-Waisenhaus** Seitens der Stadt noch einige Stellen zu besetzen. Bewerbungen um Aufnahme sind **schleunigst** im Communal-Bureau abzugeben.
Merseburg, den 10. März 1890.
Der Magistrat.

Mobiliar-Auction.

Sonnabend den 15. d. M., von **vormittags 9 Uhr** an, verleihere ich im **Casino** vor dem Sirtgirt hier 4 Sophas, darunter 3 ganz neue, 1 **Pianino**, sehr gut im Ton, 2 Klavier- und **Alcönschänke**, Tische, Stühle, Kommoden, eine gr. **Parie Federbetten**, sowie außerdem 1 **Parie Schürkäse**, **Wollwaren**, **Schürzen**, **Kleiderhölzer** u. dgl. m. meistbietend gegen **Barzahlung**.
Merseburg, den 10. März 1890.
Carl Rindfleisch,
Auctions-Commissar und Gerichts-Taxator.

Gute Speisefartoffeln

à Cir. 2 Mk. 15 Pf. bei **H. Dittmar**, Rathshof.

Ein Paar große **Kühenhäwe** stehen zum Verkauf bei **Wittne Bergmann**, **Landskinder Straße 5m**, **Deutschen Hof**.

So habe noch einige **Schlösser** **Freiheitslose** abzugeben. Adressen unter **G. W.** abzugeben in der Exped. d. Bl.

Eine guterhaltene Schlagzither ist preiswerth zu verkaufen. Zu erfragen **Krautstraße 6 (Garten)**.

Ein kleineres Logis ist an ruhige Leute von jetzt ab zu vermieten und 1. Juli zu beziehen **Weihenfelder Straße 2b**.

Eine herrschaftliche Wohnung ist zu vermieten und **Dieren** zu beziehen **Unteraltensburg 42**.

Die zweite Etage meines Hauses, **Dum 5**, ist sofort zu vermieten und 1. Juli bezugsbar. **E. Schurig jun.**

Eine Wohnung (Preis 40 Thlr.) zu vermieten und 1. April zu beziehen **Delgrube 6**.

Ein Logis zu vermieten und 1. April zu beziehen **Vorwerk 10**.

Ein Logis, barriere gelassen, bestehend aus **Stube**, **Kammer**, **Küche** nebst Zubehör, ist zu vermieten **Friedrichstraße 9**.

Nach ist daselbst eine **blanchete Saubere** **Küche** zu verkaufen.

Ein **modernes Zimmer** mit **Schlaf** **Küche** ist zu vermieten **Lindenstrasse 10**.

Eine **neulich** **moderne** **Stube** nebst **Kammer** zu vermieten **Windberg 10**.

Möblierte Wohnung, möglichst mit voller **Benjolin**, zum 15. April oder 1. Mai von einem jungen Kaufmann gesucht. Angebote mit Preisangabe nimmt die Exped. d. Bl. unter **Z. 12** entgegen.

Wohnung von 600 bis 700 Mk., zum 1. October bezugsbar, wird gesucht. Anmerkungen unter **Z. 700** an die Exped. d. Bl.

Möblierte Wohnung, **Stube** mit **Schlaf** **Küche**, zu vermieten **Delgrube 7**.

Zur Confirmation
Merseburger und Provinzial-
Gesangbücher
in einfachen und eleganten Einbänden, ferner reiche Auswahl in den neuesten Confirmations-Spruch- und Oster-Karten empfiehlt
Gust. Lots Nachf.

Oelgrube 8. Oelgrube 8.
Alle Sorten
Schulränzel,
nur gut gearbeitet, empfiehlt zu sehr billigen Preisen
Carl Lintzel, Sattlermeister,
Oelgrube 8. Oelgrube 8.

Platinographien.
Diese vorzüglichen Aufzeichnungen ähnlichen Photographien eignen sich besonders für große Porträts. Zur gelegentlichen Anfertigung solcher empfiehlt sich
F. Herrfurth,
Brühl. Photographische Anstalt. Brühl.

Burgstr. 19. M. Christ Burgstr. 19.
empfiehlt
Seren-Gylinder-Remontoirs von 10 Mk. an,
Damen-Gylinder-Remontoirs von 18 Mk. an,
echt gold. Damen-Remontoirs von 27 Mk. an,
Wekerkruken von 3 Mk. 50 Pf. an.
Für jede Uhr garantire ich 2 Jahre.
Reparaturen jeder Art an Uhren und Musikwerken billigt unter Garantie.
Uhrketten, größte Auswahl, billigt.

Wohnungsgesuch.
2 Stuben, 2 Kammern, Küche nebst Zubehör zum 1. April gehöht. Angebote mit Preisangabe unter **Z. 24** in der Exped. d. Bl. erbeten.

Umöblierte Garçon-Wohnung
(Stube und Kammer) in der Nähe des Bahnhofs per 1. April zu mieten gesucht von einem selbstständigen Kaufmann. Offerten **X. X.** an die Exped. d. Bl.

Unser Lager in:
Wagenreifen, Wagenachsen, Ketten, Schaufeln, Spaten, Düngergabeln u. c.
bringen hiermit in empfehlende Erinnerung
Gebr. Wiegand.

Germanische Fisch-Groß-Handlung.
Prima frisch: **Karpfen, Zander, Schellfisch, Cabliau, arkine Heringe, echte Kieler Sprott.**
W. Kräbmer.

Alvis für Böttcher.
Ehünes Nichten-Böttcherstehholz hat abzugeben **G. J. Zimmermann**, **Weihenfelds, Hühnerstraße 29**.

Hamb. Schmalz (Stern) à Pfd. 50 Pf., bei 10 Pfd. 47 Pf., **Schnittbohnen**, sehr zart kochend, empfiehlt **Ferd. Engel, Hofmarkt 12**.

Maländer Pr.-Anleihe!
Hauptgewinn: **Thrs. 50000** u. c. Seine Aktien!
Nächste Ziehung: **16. März c.**
Abgekündete Loose, deren An- u. Verkauf gesetzlich gestattet, offeriren zu **M. 2** v. M. Alle nach jeder Ziehung. **Comandit-Gesellschaft Koch & Co.** Berlin SW. 47.
Ehrenhafte Personen aller Berufsclassen werden als Agenten gesucht.

Sophas
u. 12 1/2 Uhr an, **Lehn- u. Schlafstühle, Bett** **Stühle** mit **Matratze** u. c.
Die feinsten **Plüsch-Möbel, Sopha** u. c. 36 Uhr an, in großer Auswahl stets vorräthig bei **Otto Bernhardt, Markt 26**.

Gardinen u. Vitragen
in größter Auswahl zu billigsten Preisen und **Holzrouleaux** in dauerhaften guter Waare von 2 Mk. das □ Meterr an bei **A. Donnerhack**.

Füllentabak à Pfd. 60 Pf., **echt amerik. Tabak** (Sandblatt) à Pfd. 60 Pf. und 50 Pf., **gewalrene Rippen** à Pfd. 40 Pf., 10 Pfd. 3,50 Mk., **Vollheringe** 3 Stück von 10 Pf. an empfiehlt **J. S. Beerholdt Nachf.**

Blindend weissen Teint erkalft man schnell und sicher, **Sommersprossen** verschwinden unbedingt durch den Gebrauch von **Bergmann's Sifenmilchseife** allein fabricirt von **Bergmann & Co.** in Dresden. Verkauf à Stück 50 Pf bei **Sofabowhelter Marthe.**

Heute von 7 1/2 Uhr ab **Speckkäuen** **Franz Vogel.**

Badelt's Restauration.
Donnerstag **Schlachtfest.**

Wästonentzsch
Mittwoch den 12. März 1890, von abends 7 Uhr an, **grosser Volksmaskenball.**
Hierzu ladet freundlichst ein **Albin Weber, Gastwirth.**

Reintnecht's Restauration.
Heute Mittwoch Abend von 6 Uhr ab **Salzknochen.**

Leuna.
Mittwoch den 12. März (zu Fasten), **Nachmittag und Abend, Tanzmusik.**
wozu freundlichst einladet **Friedrich Grosse.**

Heute
frische hausgebackene **Burk!**
Otto Zachow.

Ich suche zur meine 14jährige Tochter hiesiger Stadt eine gute **Pension**. Offerten mit Preisangabe besördert unter **M. X.** in der Exped. d. Bl.

Einen **Glaserlehrling** sucht **A. Voigt, Dum 6**.

Einen **Lehrling** sucht **Albert Schaal, Sidermeister, Breitestraße 11**.

Einen **Lehrling** sucht **A. Gleye, Schuphausermeister, Hofmarkt 11**.

Ein **sohn** **schöner** **Ellern**, welcher **hat** **Kellner** zu werden, kann sich melden in **Herzog Christian, Merseburg.**

Ein **Lehrling** sucht **H. Fischer, Barbier u. Friseur, Naumburg a/S., gr. Jacobstraße Nr. 11**.

Ein **junger** **Arbeitsburche** findet dauernde Beschäftigung bei **Gustav Dorfmann, Globaleuer Straße 5b**.

Ein **ankündiger** **Lehrburche** wird zu dauernder Stellung von Eltern unter günstigen Bedingungen auf ganze Zeit gesucht. Wo? fast die Exped. d. Bl.

Ein **junges** **ordentliches** **Madchen** mit guten **Kenntnissen** wird den 1. April in Dienst genommen. Näheres **Unteraltensburg Nr. 8**, im Laden.

Ein **erliches** **braves** **Madchen**, welches **in** **allen** **häuslichen** **Arbeiten** **vervollkommen** **will**, **wird** **gesucht**. Zu erfragen in der **Exped.** **d. Blattes**.

Ein **ordentliches** **Madchen** findet gute **Stellung** nach **Wünsche**. Zu erfragen **Rossmarkt 2, 1. Etage**.

Die von mir entlehnten **Bücher** u. c. erlösch ich mir bis zum **20. März c.** zurück. **L. Bethmann.**

Ein **Portemonnaie** mit **Inhalt** ist gefunden worden. Abzugeben **Seitestraße 16 L.**

Redaction, Druck und Verlag von L. H. Popper in Merseburg.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Vorholung. — 1 Mark
20 Hg. durch den Fernschreiber. — 1 Mark
25 Hg. durch die Post.

Nr. 51.

Mittwoch den 12. März.

1890.

Politische Uebersicht.

Die Arbeiterschutzkonferenz in Berlin wird den „Samb. Nachr.“ zufolge nicht vertagt werden. Die Vorarbeiten für die Konferenz werden in den beteiligten Ressorts so eifrig gefördert, daß die Konferenz am 15. März eröffnet werden könne. — Nach einer Meldung der „Köln. Zig.“ werden Bayern, Hessen und Elsaß-Lothringen bei der Arbeiterschutzkonferenz durch Sachverständige vertreten sein. — Dem offiziellen Wiener „Fremdenblatt“ zufolge sind als Delegirte des Reiches in Aussicht genommen: die Ministerialräthe Weigelsberger, Blappart, Ministerialsecretär Haberer und Centralgewerksinspector Nigekka. Als dritter Delegirter Belgiens wird der Vicepräsident des Senats Rint de Koonbekte genannt. Zum Delegirten Schwedens ist der Disponent der Waffen- und Maschinenfabrik Wilhelm Thom, Husvorna, bestimmt. Den neuesten österreichischen Berichten zufolge ist Tisza's Rücktritt noch nicht entschieden. Es fanden zahlreiche Besprechungen zwischen dem Kaiser und Mitgliedern des Kabinetts statt. So wurde am Sonntag Tisza vom Kaiser in Privataudienz empfangen; im Laufe des Nachmittags empfing der Kaiser den Alerbaumminister Grafen Szapary, sodann auch den Cultusminister Grafen Galy. Dem Kaiser soll es schwer fallen, Tisza scheiden zu sehen, und die Neuordnung der Dinge verursacht erheblich Schwierigkeiten. Die Unabhängigkeitspartei beschloß, auch fernherin an ihrem in der Frage wegen Revision des Incolatgesetzes eingenommenen Standpunkte festzuhalten und, falls das neue Kabinet der Ansicht der Partei nicht zustimmen sollte, auch das neue Kabinet zu bekämpfen. Die liberale Partei dagegen schließt sich fest zusammen. Bei Gelegenheit einer ihm targebrachten Donation im Parteiclub hob am Sonntag der Präsident der liberalen Partei Baron Bodmaniczky hervor, die Einigkeit der Partei sei jetzt mehr denn je Pflicht. Bodmaniczky gedachte der weisen Führung Tisza's und schloß mit den Worten: „In hoc signo vinces.“ — Dem „Pestl. Hirlov“ zufolge hätte ein Meinungsaustrausch zwischen den Mitgliedern des Kabinetts und hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei die Aufklärung ergeben, daß es am zweckmäßigsten erscheine, die Idee einer Revision des Incolatgesetzes gänzlich fallen zu lassen, in welchem Falle das neue Kabinet auch auf die Unterstützung der gemäßigten Opposition rechnen könnte. — Die tschechischen Studenten in Prag veranstalteten in den Tagen mehrfach Demonstrationen im jugendschiffischen Sinne. Am Sonnabend zogen, nachdem schon an den vorhergegangenen Tagen Demonstrationen stattgefunden, dreihundert Studenten von einer großen Menschenmenge geleitet, nach dem Bethlehemsplatz vor das Haus, in dem Huß gewohnt hatte, sangen Nationallieder und brachten Glatz-Rufe auf Huß aus; dann begaben sie sich nach der Universität, wo sie auf die alttschechischen Professoren ein Verbot ausbrachten. Die verhärtete Sicherheitswache forderte sie auf, sich zu zerstreuen; da sie sich widersetzten, wurden acht verhaftet. Am Sonntag versuchte ein Trupp von Studenten, auf dem Wolschauer Friedhofe an den Gräbern der einstigen Vorkämpfer der nationaltschechischen Partei, Havlicek, Baret's und Slabowsky's zu demonstrieren. Nachdem diese Demonstranten von der Polizei zerstreut waren, zogen sie gruppenweise in die Stadt und wurden dort, als sie wiederum Ausschreitungen begingen, abermals zerstreut. Ein Arbeiter wurde verhaftet. — Auch diese Vorkommnisse beweisen, daß die jugendschiffische Bewegung junimut und auf einen wirklichen Ausgleich in Böhmen nicht zu rechnen ist.

In der russischen Hauptstadt findet jetzt anlässlich der Anwesenheit des Präsidenten der serbischen Skupschtina Pasitsch die Befestigung der russisch-serbischen Freundschaft statt. In einer Versammlung des slavischen Wohltätigkeitsvereins hielt Pasitsch eine beifällig aufgenommene Ansprache, welche den „Nowosti“ zufolge lautet: „Ich freue



Der römische Correspondent des „B. T.“ hatte Gelegenheit das Urtheil eines hochgestellten italienischen Staatsmannes über die deutschen Wahlen zu hören. Derselbe bemerkte, man sei in Rom wohl durch das Anwachsen der Sozialdemokratie in Erschauen geraten. Was aber das Triumphgeschrei der radikalen Presse betreffe, so sei es absolut unwahr, daß die Stärkung oder ungeschwächte Fortsetzung der Existenz des Centrums auf den Ministerpräsidenten Crispi einen deprimirenden Eindruck gemacht habe. Selbst wenn das Centrum maßgebenden Einfluß gewinnen sollte, werde die Richtung der Reichspolitik gegenüber Italien um kein Jota geändert werden; die Trilateralität lasse sich nicht durch den Sieg dieser oder jener Partei in einem Allianzstaate erschüttern. Uebrigens glaube man in Rom nicht an die Möglichkeit einer konservativ-liberalen Mehrheit. — 2000 Arbeitslose veranstalteten am Montag in Mailand eine Straßenkundgebung, bei der nur mit Mühe Tumulte verhindert wurden. Der „Riforma“ zufolge wächse die Krisis in bedeutendem Maße. Derselben Blatte zufolge werden die Vertreter Italiens auf der Berliner Konferenz ihr Augenmerk hauptsächlich auf Kinderarbeit wenden. — In der Senatsabstimmung der italienischen Deputirtenkammer erging sich der Deputirte Imbrani in beleidigenden Ausfällen gegen den Ministerpräsidenten Crispi. Der Kammerpräsident Biancheri, welcher bei dieser Gelegenheit nicht einschritt, soll nach einer Meldung des Wolff'schen Bureaus seine Demission als Kammerpräsident zu geben beabsichtigen. Im serbischen Kabinet sind Differenzen ausgebrochen wegen Besetzung der vacant gewordenen Stellen des Staatsrathes, weil einige Minister entschieden sich weigern, anderen Parteien als der radikalen Pläze in demselben zu bewilligen. Die Regierung hat den in Petersburg weilenden Stupschinapäsidenten Pasitsch durch den Draht zurückberufen. Man befürchtet den Ausbruch einer Ministerkrisis. Die Nachricht, daß die bulgarische Regierung beabsichtige, eine Botschaft zu entsenden, um gewisse Mächte zu ersuchen, bei dem Sultan betreffs Anerkennung des Fürsten Ferdinand zu interveniren, wird von der „Agence Valcanique“ als erfunden bezeichnet.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Der Kaiser empfing am Sonntag Nachmittag noch den Confistorialrath Nisch

und den Universitätsprofessor Gumbel aus Speyer, welche über den Plan der Erbauung einer Gedächtniskirche der Protection von 1529 in Speyer Bericht erstatteten. Gestern Vormittag unternahm der Kaiser mit der Kaiserin eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Später hörte Sr. Majestät die regelmäßigen Vorträge. Am Nachmittage fand zur Feier des Geburtstages des Kaisers Alexander größere Tafel statt. — Prinz Albrecht hat gestern Vormittag Berlin wieder verlassen und sich nach Hannover begeben. Der Prinz wird an der Invesitur und dem Capitel des Schwarzen Adlerordens nicht theilnehmen, sondern sich bereits am 14. d. zu einer voraussichtlich sechswohigen Kur nach Baden-Baden begeben. — Dem Vernehmen nach dürfte der Kaiser während der diesjährigen Herbstmanöver in Schlesien der kaiserlichen Prinzen Albrecht auf Schloß Ramenz einen Besuch abstatten. — (Hoftracht.) Mehreren Blättern wird offiziös von Berlin geschrieben: „Dem Vernehmen nach werden in Kürze Vorschriften über Veränderungen der Hoftracht der Hofbeamten am kaiserlichen Hofe ergehen. Gleichzeitig dürfte auch die Frage der Knechtchen und zwar im bejahenden Sinne, und überhaupt des Hofanzugs für Civilpersonen, welche keine Amtstracht besitzen, erledigt werden.“ — (Der Bundesrath) hat am Sonnabend u. A. über die zum Zweck der Ausführung des Gesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, zu bildenden Versicherungsanstalten Beschluß gefaßt. — (Zu den Verhandlungen des Staatsrathes) berichtet die „Kreuzzig.“ nachträglich noch Folgendes: „Der Kaiser hat zwar seiner Vertheiligung über den Verlauf der Verhandlungen und der Absicht Ausdruck gegeben, den Staatsrath häufiger einzuberufen, da derselbe als eine Duell anzusehen sei, aus der man die Erfahrungen des praktischen Lebens kennen lerne. Bekümmerte Gegenstände wurden dabei nicht vom Kaiser genannt. Der vom Bundesrath genehmigte Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Gewerbegerichten und Einigungsämtern, wurde deshalb an die Mitglieder des Staatsrathes vertheilt, weil er als Unterlage bei einer zur Berathung stehenden Frage diene. Die Mittheilung eines Blattes, daß über die Verhandlungen des Staatsrathes stenographische Berichte aufgenommen worden seien, ist unrichtig. Es ist nur vom Regierungsrath Dr. Wilhelm, dem dem Staatssecretariate beigegeben ist, ein sogenanntes Protokoll angefertigt.“

Ueber die Bedeutung der Auszeichnung des Staatssecretärs von Böttcher gehen nach der „Samb. Nachr.“ die Ansichten auseinander. Auf der einen Seite sieht man in der Verleihung des Ordens am Vorabend der Geburtsfeier für Kaiser Wilhelm die Anerkennung der Verdienste des Staatsministers v. Böttcher um die Durchführung des sozialpolitischen Programms der kaiserlichen Botschaft von 1889. Auf der anderen Seite sucht man einen Zusammenhang zwischen dieser Auszeichnung und der kürzlich beabsichtigten aber nicht zur Ausführung gelangten Ernennung des Herrn von Böttcher zum Präsidenten des preussischen Staatsministeriums. Auch die Ansicht findet Vertretung, daß die Auszeichnung des Herrn v. Böttcher mit der Frage der Nachfolge des Reichsanzlegers in Verbindung stehe.

(Neue Militärvorlage.) Nicht in der Herbstsession, wie die „Samb. Nachr.“ behaupten, sondern schon in der bevorstehenden Session des Reichstags wird denselben die angekündigte Militärvorlage zugehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in derselben eine Vermehrung der Feldartillerie in weiterem Umfange, als bisher angenommen, verlangt werden wird. Die Vermehrung der Batterien soll die Zahl von 60 weit überschreiten.

(Zu einer Besprechung der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung) hatte das Handelsministerium für die letzten Tage der vorigen Woche die Fabrik-Inspectoren von Berlin, Breslau,